

65594 Runkel, den 16.12.2013

Niederschrift

über die 31. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel, zu der für Freitag, den 13.12.2013, um 19.00 Uhr in den Clubraum der Stadthalle Runkel einberufen und ordnungsgemäß geladen war. Es sind erschienen:

Als stimmberechtigte Stadtverordnete:

<ol style="list-style-type: none"> 1. Gregor Adler 2. Erhard Becker 3. Martin Belz 4. Margret Bergmeier 5. Dr. Manfred Birko 6. Bernhard Brahm 7. Eberhard Bremser 8. Alexander Bullmann 9. Frank Burggraf 10. Lothar Burggraf 11. Bernd Eckert 12. Ulrich Eisenberg 13. Günter Gebhart 14. Lothar Hautzel 15. Jörg-Peter Heil 	<ol style="list-style-type: none"> 16. Michael Kilb 17. Anton Krtsch 18. Thomas Kuhlisch 19. Armin Naß 20. Bernhard Polomski 21. Klaus Preusser 22. Volker Rosbach 23. Ragnhild Schreiber 24. Hans-Karl Trog 25. Klaus-Jürgen Wagner
---	--

Seitens des Magistrates:

<ol style="list-style-type: none"> 1. Bürgermeister Friedhelm Bender 2. Gertrud Burggraf 3. Antonius Duchscherer 4. Sabine Hemming-Woitok 5. Christian Janevski 	<ol style="list-style-type: none"> 6. Andreas Kuhn 7. Silvia Lißner 8. Sandra Müller 9. Wolf-Dirk Rübiger
--	---

Entschuldigt fehlen von Seiten der SPD-Fraktion die Herren Stadtverordneten Rainer Röth und Dr. Gerhard Ruttmann. Von Seiten der CDU-Fraktion fehlen entschuldigt die Herren Stadtverordneten Christoph Demel, Manfred Hastrich und Johannes Ruttmann. Von Seiten Bündnis 90/Die Grünen fehlt Frau Stadtverordnete Petra Werbunat-Hofmann. Seitens des Magistrates fehlen entschuldigt die Herren Stadträte Peter Butzbach und Patrick Schäfer.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt die Zurückverweisung der Bauleitplanung der Stadt Runkel zum Bebauungsplans „Photovoltaik-Freiflächenanlage TOU L 3063“ im Stadtteil Dehrn mit den Auftrag, die Wirtschaftlichkeit zu prüfen und ein mögliches Betriebsmodell durch einen Investor vorzulegen.

Abstimmung: Ja- 16 Nein- 7 Enthaltung- 2

4) Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2014

5) Vorlage des Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2014

6) Vorlage des Investitionsprogrammes und der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2013 – 2017

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schreiber ruft die o. g. Punkte (4 - 6) auf und erteilt Herrn Bürgermeister Bender das Wort.

Herr Bürgermeister Bender verliest die Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2014 folgendermaßen:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!
Am heutigen Freitag, dem 13.12.2013 bringe ich den Haushalt für das Jahr 2014 ein, der am Mittwoch dieser Woche abschließend im Magistrat beraten und festgestellt wurde.

Um es gleich vorweg zu sagen: Auch dieser Haushalt ist defizitär und stellt mich als Bürgermeister überhaupt nicht zufrieden! Einerseits dadurch, dass das Ergebnis so ist wie es ist und andererseits wegen der Erkenntnis, dass der Haushalt trotz aller Bemühungen unter den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht ausgeglichen werden kann.

Es gibt nicht zu beschönigen, aber auch keine Veranlassung zu resignieren. Es muss der Spagat gelingen, zwischen Haushaltskonsolidierung und Investitionen die Zukunft von Runkel zu sichern – und nicht zu gefährden. Doch lassen sie mich zunächst auf die eingangs erwähnten Rahmenbedingungen eingehen.

Seit 2009 bis 2013 verzeichnen wir bei der Gegenüberstellung der Einnahmen zu den Ausgaben in den Bereichen der Einkommensteueranteile, der Schlüsselzuweisungen, der Umsatzsteueranteile sowie den Ausgleichsleistungen nach dem Familiengesetz eine jährliche Unterdeckung, und zwar für 2009 - 1.662.565 €, für 2010 von 1.776.214 €, in 2011 97.017 €, 2012 775.495 € sowie 2013 von 70.308,28 € somit zusammen 4.381.599 €.

In 2014 werden wir einen „Überschuss“ von voraussichtlich 87.000 € erzielen.

D.h., mit diesen Einnahmen konnten wir noch nicht einmal die Ausgaben für die Kreis- und Schulumlage, der Kompensations- sowie der Gewerbesteuerumlage decken. Das ist ein Fehler des Systems- und nicht der Stadt Runkel.

Nun zu den Zahlen für 2014:

Der Ergebnishaushalt weist einen Fehlbedarf von 2.599.600 € auf. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr zwar eine Verbesserung von 907.600 €, heißt aber auch, dass wir alle Investitionen mit Krediten / Fremdmitteln bezahlen müssen. Dabei beträgt die Tilgung in 2013 – 612.217 € sowie 263.834 € durch Bauplatzverkäufe Kappesborder Berg.

Um eventuell aufkommende Finanzierungsengpässe zu vermeiden, schlägt der Magistrat eine Erhöhung des Kassenkredites von derzeit 5,5 Mio. € auf nunmehr 8 Mio. € vor.

Aufgrund der zwingenden Vorgaben des Innenministeriums sowie der Kommunalaufsicht haben wir uns dafür entschieden, den Hebesatz der Gewerbesteuer zum 1.1.2014 um 50 v.H. auf 380 v.H. zu erhöhen, womit wir uns im Vergleich zu den anderen Kommunen im Kreis im vorderen Drittel befinden. Diese Erhöhung belastet Einzelunternehmer und Personengesellschaften grundsätzlich nicht, da die Gewerbesteuer bis zu einem Hebesatz von 380 % in voller Höhe die tarifliche Einkommenssteuer mindert. Durch die Anhebung würde sich der betreffende Ertrag in 2014 um ca. 360.000 € erhöhen.

Durch eine erstmalig vorgesehene Erhebung eines „Inflationsausgleiches“ in Höhe von 2 % in den Bereichen der Friedhöfe, Kindergärten, Grundsteuer A u. B., Hundesteuer sowie der Verwaltungsgebühren würde eine Mehreinnahme von ca. 19.700 € erzielt.

Alle weiteren in Frage kommenden Steuer - bzw. Beitragssätze bleiben danach in 2014 unverändert, gilt es doch Augenmaß walten zu lassen und die Bürgerinnen und Bürger von Runkel nicht übermäßig zu belasten.

Stellenplan

Nun möchte ich ein Hauptaugenmerk auf folgende Ausgabenstelle richten, wo die Stadt Runkel schon seit einigen Jahren vorbildlich agiert, nämlich bei den Personalkosten. Die Stadt Runkel hat für 2014 eine Personalkostenquote von 19,84% (Verhältnis Personalaufwand (3.185.000 €) zum gesamten ordentlichen Aufwand (16.054.800 €). Das bedeutet, dass diese Personalkosten 1/5 des gesamten ordentlichen Aufwandes ausmachen. Zulässig wäre ein Anteil von 1/3, also deutlich mehr. An diesen Zahlen können sie erkennen, wie stark die Belastung des Personals einerseits und die Personalkosteneinsparungen andererseits sind. Bei einer Ausschöpfung von 33 % in 2014 würden Mehrkosten von 2.113.084 € entstehen = 5.298.084 €.

Darin enthalten sind verschiedene Maßnahmen:

Die Aufstockungen des Beschäftigungsumfanges im Bereich der Stadtkasse (0,27 Stellenanteil), des Ordnungsamtes (0,22 Stellenanteil) und des Hauptamtes (0,32 Stellenanteil) decken derzeit die anfallenden Mehrstunden ab. Dies zusammen verursacht Mehraufwendungen von 23.000 €.

Die befristete Weiterbeschäftigung eines Auszubildenden, der im Mai/Juni 2014 seine Abschlussprüfung hat, erhöht die Personalaufwendungen um rund 15.000 €.

Die Erhöhung des Beschäftigungsumfangs, der - wie bereits erwähnt - derzeit nur die tatsächlich anfallenden Überstunden abdeckt und die befristete Weiterbeschäftigung des Auszubildenden verursachen Mehraufwendungen von 38.000 €.

Dies entspricht einem prozentualen Anteil von gerade einmal 0,23 % an den gesamten Personalaufwendungen.

Im Bereich des Ordnungsamtes ist die Einrichtung einer Planstelle nach EG 4 zur Umwandlung einer Arbeitsgelegenheit in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis erforderlich.

Weiterhin sind tarifrechtlich Höhergruppierungen erforderlich:

Wegen einer Mindestdurchschnittsbelegung von 40 Kindern ist eine Leiterinnenstelle von S7 nach S10 höherzugruppieren.

Durch die Bewertung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes ist im Bereich des Melde- und Personenstandswesens eine Stelle im Beschäftigungsumfang von 0,75 von EG 6 nach EG 8 einzustufen.

Die voraussichtlichen tariflichen Erhöhungen für die Beschäftigten und die Besoldungserhöhung der Beamten sind mit 2,25 % ab 1.1.2014 einkalkuliert.

Freiwillige Leistungen

Die Aufwendungen der freiwilligen Ausgaben sind im Vergleich zum Haushaltsjahr 2013 von 898.000 € um 37.400 € auf nunmehr 935.400 € gestiegen. Gleichzeitig sind aber auch die Erträge von 174.500 € um 56.000 € auf nunmehr 230.500 € gestiegen.

Insgesamt konnten die freiwilligen Leistungen nach Abzug der Aufwendungen von den Erträgen um 18.600 € reduziert werden.

Die Aufwendungen sind im Vergleich zum Haushaltsjahr gestiegen, weil u.a. die Kosten des Runkeler Blättchens (19.000 €), die Lohnkosten im Tourismusbüro (21.000 €) und die Aufwendungen bei der Position Heimat- und Kulturpflege um die Verdi Veranstaltungen i.H.v. 10.000 € in die Liste der freiwilligen Leistungen aufgenommen wurden.

Die Erträge sind gestiegen, u.a. bei der Position Heimat- und Kulturpflege, da die Einnahmen der Verdi-Veranstaltung eingearbeitet wurden (10.000 €). Tatsächlich steigen die Erträge des Runkeler Buschens um 26.000 €, da mit dem Landkreis ein aktueller Beförderungsvertrag geschlossen wurde. Die Erträge des Runkeler Blättchens wurden nunmehr eingearbeitet und betragen 12.000 €.

Neben der soeben dargelegten Ausgangssituation sind es zwei weitere Bereiche, die den Haushalt 2014 belasten. Zum einen beläuft sich das Defizit im Bereich der Kindertagesstätten auf ca. 1,3 Mio. €, die Schul- und Kreisumlage erhöht sich trotz unserer schwierigen Situation nochmals von 1.741.188 € auf 1.822.000 € bzw. 3.437.736 € auf 3.597.000 €, also um insgesamt 240.076 € auf 5.419.000 € und somit auf mehr als ein Drittel der ordentlichen Aufwendungen.

Die Kompensationsumlage erhöht sich auf 180.000 €, die Gewerbesteuerumlage reduziert sich von 730.000 € auf 502.000 €, sodass sich der Umlagenbereich geringfügig um ca. 18.000 € auf 6.101.000 € erhöht.

Der betreffende Teil der Einnahmen zeigt im Bereich der Einkommensteueranteile jeweils eine Steigerung von 60.000 €, bei den Schlüsselzuweisungen von 100.000 € und den Umsatzsteueranteilen von 16.000 €. Abzüglich der geschilderten Ausgaben verbleibt noch ein kleines Plus von 87.000 €.

Als Vergleich möchte ich eine an Einwohnern kleinere Kommune im Landkreis anführen, die in diesem Bereich 1,1 Mio. € übrig behält.

Die Abschreibungen erhöhen sich von 826.700 € auf 870.000 €.

Nun leite ich über zum Investitionsprogramm 2014. Sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr sind die Maßnahmen im Rahmen der EKVO die von der Summe her am bedeutendsten. Für 2014 sind dabei Maßnahmen von 1.366.000 € vorgesehen, die leider zu 100 % fremdfinanziert werden müssen. Sämtliche Zuschüsse bzw. zinsgünstigen Darlehen für die EKVO waren 2007 gänzlich aufgebraucht, was zur Folge hatte, dass seit diesem Zeitpunkt bis heute 5.123.000 € in diesen Bereich geflossen sind, die sämtlich über Kredite finanziert werden mussten. In Erinnerung rufen möchte ich mit Nachdruck, dass von 1998 bis 2006 (8 Jahre) insgesamt 3.881.000 € für EKVO-Maßnahmen aufgebracht wurden. Wichtig ist auch, dass wir mit dem Ansatz von 2014 bis 2017 noch weitere 5,2 Mio. € investieren müssen, ohne dann das Ende der Kanalerneuerungsmaßnahmen erreicht zu haben.

Mit 350.000 € schlägt die Beschaffung des Feuerwehrfahrzeuges LF 20 zu Buche, der Breitbandausbau mit 87.000 € sowie die Fortsetzung der behindertengerechten Ausstattung mit 55.000 €.

Weiter sind hier die Beträge von 35.000 € für die Neuausstattung der Küche der Stadthalle Runkel sowie 25.000 € für die hälftige Erneuerung der Tische und Stühle des BGH Dehrn zu nennen, die beide im Rahmen der HH-Beratungen von 2013 auf 2014 verschoben wurden.

Alles in allem betragen die vorgesehenen Investitionen 2,34 Mio. € gegenüber 4,84 Mio. € in 2013.

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass im Rahmen der EKVO-Maßnahme in Steeden 40.000 € eingespart werden konnten, in etwa die gleiche Summe auch bei dem unmittelbar bevorstehenden Abschluss der Maßnahme in der Hammerstraße in Ennerich.

Nachdem am gestrigen Tag die Submission für die EKVO-Maßnahme Burgstraße/Langgarten erfolgte, konnte durch die vorherige Überplanung der Tiefenlage und der somit deutlich verringerten Aushub- und Einbaumassen eine Einsparung von 220.000 € erreicht werden (von 1.270.000 € auf 1.050.000 €). Dafür möchte ich mich bei allen daran Beteiligten herzlich bedanken.

Bei den erstmalig im Vorfeld der HH-Eckdaten beteiligten Ortsbeiräte gingen für die nach Auffassung dieser Wünsche in der ersten Priorität von insgesamt 1.831.400 € ein. Selbstverständlich konnten diese Wünsche nicht alle berücksichtigt werden, wobei u. a. im Bereich der Unterhaltung annähernd 150.000 € veranschlagt sind.

Ergänzend weise ich in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Magistrat und die Verwaltung mit Beginn der Arbeiten im Rahmen des Dorfentwicklungsprogramms guten Mutes sind, dass die ein oder andere Maßnahme im Programm Berücksichtigung finden wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren, sie sehen, wir befinden uns auf einem steinigen und schwierigen Weg. Ob und wann wir das Ziel erreichen, vermag ich nicht voraus zu sagen.

Zum Erreichen des Ziels sind mindestens 2 Aspekte von grundlegender Bedeutung, nämlich dass:

1. endlich eine möglichst gerechte und vor allen Dingen ausreichende Finanzausstattung der Städte und Gemeinden erfolgt, um eine überbordende finanzielle Belastung der Bevölkerung zu vermeiden und
2. seitens der Stadt weiter zu sparen, aber sinnvoll und weiter in die Zukunft von Runkel zu investieren, und dies ebenso sinnvoll.

Am Ende darf nicht die Erkenntnis stehen, dass wir als Stadt zwar tot sind, aber gespart haben!

Liebe Stadtverordnete, hiermit ist der vom Magistrat so festgestellte Haushalt 2014 als Entwurf eingebracht und ich wünsche allen eine gute Beratung, wobei ich wie immer gerne bereit bin, den Fraktionen Rede und Antwort zu stehen.“

Der Entwurf des Haushaltsplanes sowie die Erfassungsdaten über die Wünsche der Ortsbeiräte wird in der Sitzung an das Parlament verteilt.

Antrag der Fraktion der Bürgerliste:

Es wird der Antrag gestellt, den Entwurf des Haushaltplanes 2014 mit seinen Anlagen, das Haushaltssicherungskonzept und das Investitionsprogramm mit der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2013 – 2017 in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt die Verweisung des Haushaltplanes 2014 mit seinen Anlagen, das Haushaltssicherungskonzept und das Investitionsprogramm mit der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2013 – 2017 zur weiteren Bearbeitung in den Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmung: Ja- 25 Nein- 0 Enthaltung- 0

**7) Mietvertrag der Zehntscheune zur langfristigen Nutzung durch die Vereine;
hier: Beratung mit Beschlussempfehlung**

Herr Bürgermeister Bender verliert die Verwaltungsvorlage. Die SPD-Fraktion beantragt eine Sitzungsunterbrechung von 20.30 Uhr bis 20.35 Uhr.

Nach diversen Redebeiträgen und ausführlichen Diskussionen verliert Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schreiber den Beschlussvorschlag und bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Runkel beschließt, dass unter Federführung des Magistrates der Stadt Runkel und Unterstützung der Ev. Kirchengemeinde Runkel sowie Herrn Dieter Buroch, den Mietvertrag zwischen der Stadt Runkel und dem Hause „zu Wied“ (Fürstliche Rentkammer) bis zum 31.12.2014 fortzuführen mit der Maßgabe, eine Projektgruppe aus Vereinsvertretern, interessierten Bürgern und Entscheidungsträgern mit dem Auftrag einzurichten, ein Nutzungs- und Finanzierungskonzept bis 15.08.2014 einzurichten und eine Machbarkeitsstudie zu erstellen. Diese wird dann der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung in der September-Sitzung vorgelegt.

Abstimmung: Ja- 11 Nein- 13 Enthaltung- 1

8) Wahlvorschlag für ein stellvertretendes Mitglied des Verbandsvorstandes des Kläranlagenbetriebsverbandes Ems- und Wörsbachtal

9) Wahlvorschlag für ein stellvertretendes Mitglied des Abwasserverbandes Runkel-Villmar

Antrag der SPD-Fraktion:

Die SPD-Fraktion schlägt für beide Gremien Herrn Christian Janevski als Nachfolger von Herrn Michael Uhl vor.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung schlägt für den Verbandsvorstand des Abwasserverbandes Runkel-Villmar und den Verbandsvorstand des Kläranlagenbetriebsverbandes Ems- und Wörsbachtal als stellvertretendes Mitglied Herrn Christian Janevski vor.

Abstimmung: Ja- 25 Nein- 0 Enthaltung- 0

**10) Genehmigung des Protokolls vom 20.11.2013
ggf. unter Beschlussfassung zu schriftlichen Einwendungen gegen die Richtigkeit nach § 32 (4) der Geschäftsordnung**

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt die Änderung des Textes unter dem Tagesordnungspunkt 9:

„Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:

Aus der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wird zum Energiesparprogramm der Änderungsantrag gestellt: „Die Produktgruppe 5211 Bauverwaltung“ in die „Kostengruppe 5732 Bürgerhäuser“ zu verschieben.“

folgendermaßen zu ändern in:

EKVO Maßnahme Hammerstraße

Die EKVO Maßnahme in der Hammerstraße/ Ennerich wird in der 51. KW. abgeschlossen sein.

Herr Bürgermeister Bender bedankt sich abschließend für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bei der Verwaltung, den Ortsbeiräten, den Stadträtinnen und Stadträte, den Stadtverordneten, der Presse und den Gästen, die den Weg zu den Sitzungen gefunden haben und wünscht allen alles Gute fürs Neue Jahr.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schreiber bedankt sich ebenfalls für das Miteinander dieses Jahres. Sie gibt bekannt, dass die Termine der Stadtverordnetenversammlung für das kommende Jahr in der Präsidiumssitzung beschlossen wurden und die Aufstellung in der kommenden Woche an alle Stadtverordneten verschickt wird. Sie weist auf die erste Sitzung, am 05.02.2014 hin und schließt die Sitzung um 21.35 Uhr.

(Ragnhild Schreiber)
Stadtverordnetenvorsteherin

(Claudia Janevski)
Schriftführerin